

afrika-bulletin

Aug. / Sept. 2011
Fr. 4.-/Euro 4.-



Süd-Süd Zusammenarbeit





Der Soziologe Elísio Macamo ist Professor für Afrikastudien an der Universität Basel.
Kontakt: elisio.macamo@unibas.ch,
www.zasb.unibas.ch.
Bild: Veit Arlt, 2009.

Bis vor Kurzem herrschte die Überzeugung, dass die afrikanische Entwicklung von den Afrikanern selbst in die Hand genommen werden muss. Allerdings mit der wohlwollenden und unterstützenden Hand jener Länder, die in ihrer Geschichte fast alles richtig gemacht haben. Nicht die Kolonialgeschichte, nicht ein die afrikanischen Länder stiefmütterlich behandelndes Weltwirtschaftssystem, nicht einmal die europäische Subventionspolitik seien an der afrikanischen Misere Schuld, sondern die Afrikaner selber mit ihrem Gefallen an der Erfindung immer neuer Ausreden. Das war vorgestern. Mit dem neuen Selbstbewusstsein von Ländern wie China, Brasilien und Indien ist eine neue Mode über die Entwicklungswelt hereingebrochen: die Süd-Süd-Zusammenarbeit. Wie mit allen Moden hat man diese zunächst als ein Zeichen von Dekadenz verteufelt: Afrika braucht Demokratie – die Chinesen stellen dies in Frage; Afrika braucht den Schutz eigener Bauern – die Brasilianer fördern mit ihren Konzernen Land-grabbing; Afrika braucht transparente Ökonomien – indische Minderheiten betreiben unübersichtliche Geschäfte auf dem Kontinent.

Wie bei allen Moden, die sich erfolgreich gegen den Vorwurf der Entartung wehren, kommt nach dem Verteufeln das Bedürfnis danach, genauer zu verstehen, was die Menschen daran fasziniert. Warum fahren die Afrikaner auf die Inder, Brasilianer und Chinesen ab? Haben die sogenannten BRICs in Afrika etwas entdeckt, was der institutionalisierten Entwicklungszusammenarbeit entgangen ist? Wir müssen die narzistische Frage stellen, was «wir» (also, wir Europäer) falsch machen, und nicht die Frage, was dies für Afrika bedeutet. Wird die neue Situation auf dem Kontinent als Chance wahrgenommen? Inwieweit kann die neue Mode dazu dienen, die grosse Herausforderung der Entwicklung neu zu definieren?

Sehr wichtig ist freilich die Frage nach Bedeutung und Sinn des Begriffs «Süd-Süd». Sicherlich war er zu einer Zeit sehr sinnvoll, als die Trennlinie zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern den Hemisphären entsprach. Heute sind Brasilien, China und Indien von den finanziellen Möglichkeiten und ihrem Hunger nach Ressourcen her genauso «Nordländer» wie einst die Schweiz. Reproduziert sich die alte vertraute «Nord-Süd» Welt auch im Süden? Ist «Süd-Süd» nur Rhetorik? Die schwierigen Fragen, die dieses Heft aufwirft, werden am 20. Oktober in Basel an einer öffentlichen Podiumsdiskussion der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA und des Zentrums für Afrikastudien weiter vertieft werden (siehe Seite 16). Abschliessend sei der DEZA für die Mitarbeit an diesem Heft und die Unterstützung gedankt. ■

Elísio Macamo

Impressum

Ausgabe 143 | August/September 2011
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 36. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41) 61-692 51 88 | Fax (+41) 61-269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto Basel: 40-17754-3
Für Überweisungen aus dem Ausland:
in CHF: MigrosBank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9
(Bic SwiftCode: POFICHBEXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

E-Mail-Adresse: info@afrikakomitee.ch

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Lukas Frey, Susy Greuter (Red.), Kurt Häsemeyer, Lara Lundsgaard-Hansen, Ruedi Küng, Elísio Macamo, Hans-Ulrich Stauffer, Marta Zorzal e Silva

Gestaltungskonzept: typohaller
Layout: Wernlis, grafische Gestalter, Basel
Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 25.–/Euro 25.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 50.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 40.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 144: 30. September 2011.
Schwerpunktthema: Der Aufschwung Afrikas.
Schwerpunktthemen nächster Ausgaben: Afrikanisches Kino, Ernährungssicherheit, Repräsentation und Wahrnehmung Afrikas, Politische Partizipation und Demokratie. Interessenten an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Strassenbau durch eine chinesische Firma zwischen Xai-Xai und Chissibuca in Mosambik (Bild: Morten Nielsen, 2010).

Süd-Süd Zusammenarbeit

Eine langjährige Praxis erhält neuen Aufwind

Für die schweizerische Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA ist der Austausch zwischen Ländern des Südens, in denen sie Programme pflegt, seit Langem Bestandteil der weiterführenden Planung und Auswertung von Projekten. Lukas Frey fasst dies im Kontext der allgemeinen Entwicklung der Süd-Süd Zusammenarbeit zusammen.

Die Süd-Süd Zusammenarbeit ist in ihren Grundzügen ein altes Konzept und hat ihre Wurzeln in den 1950er-Jahren als die ersten Kolonien die Unabhängigkeit erlangten. Das Interesse galt damals der gegenseitigen Unterstützung nationaler Souveränitäten im Süden und hatte soziale, wirtschaftliche, politische und internationale, respektive diplomatische Dimensionen. Entwicklungsländer begannen, sich nicht nur als Hilfeempfänger sondern auch als Anbieter von Hilfe und Expertise zu sehen. Oftmals wurde diese programmatische Form der Zusammenarbeit aber propagandistisch instrumentalisiert und in ideologischer Rhetorik als Gegenpol zur als ausbeuterisch gebrandmarkten Nord-Süd (Entwicklungs-)Zusammenarbeit dargestellt. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vieler Länder des Südens setzten in der Folge diesem Engagement Grenzen.

In jüngster Zeit hat das Konzept der Süd-Süd Zusammenarbeit neuen Aufwind erhalten und wieder an Bedeutung gewonnen. Die Verschiebung der weltweiten Gewichte hat weitreichende Konsequenzen für Politik (z.B. für internationale Organisationen wie G20 und OECD) und Wirtschaft (Direktinvestitionen, Handel und Forschung), aber auch für die Entwicklungszusammenarbeit. Gerade letztere steht entsprechend vor verschiedenen Herausforderungen und Chancen: Neue Geber wie Brasilien, Russland, Indien oder China – die sogenannten BRIC-Länder – werden zu überaus engagierten Akteuren in der Entwicklungszusammenarbeit, bringen aber veränderte Muster, Rollenverständnisse und Modalitäten in die Zusammenarbeit ein. Diese drücken sich insbesondere in der expliziten Verbindung von Entwicklungszusammenarbeit mit aussenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen aus. Vor diesem Hintergrund sich verändernder Formen der Zusammenarbeit zwischen traditionellen Gebern, neuen Gebern und Empfängerländern erhält die Süd-Süd Zusammenarbeit ihre erstarkte Bedeutung. Parallel dazu werden vermehrt spezifische Formen sogenannter trilateraler Zusammenarbeit umgesetzt, bei der ein Geberland aus dem Norden die Süd-Süd Zusammenarbeit finanziert.

Förderung durch die DEZA

Wie eingangs erwähnt ist für die Schweiz und insbesondere für die DEZA die Unterstützung und Förderung der Süd-Süd Zusammenarbeit eine langjährige und bewährte Form des Beistandes, allerdings wurden diese Aktivitäten nicht unter diesem «Label» zusammengefasst. Die DEZA legt den Fokus auf die Stärkung lokaler Kapazitäten und deren Institutionalisierung.

Konkret unterstützt die DEZA z.B. seit den 1970er-Jahren landwirtschaftliche Netzwerke in Lateinamerika, Afrika und Asien, in denen mittels angewandter Forschung gemeinsame (Süd-)Probleme angegangen werden. Dazu zählen u.a. das Internationale Reis-Forschungsinstitut IRRI in Asien oder das Internationale Insekten-Forschungsinstitut ICIPE in Afrika, welches seit 30 Jahren nach biologischen, kostengünstigen und umweltfreundlichen Methoden zur Schädlings- und Krankheitsbekämpfung bei Nutzpflanzen forscht. Andere Beispiele sind die Unterstützung regionaler Organisationen, z.B. der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft SADC, über welche die DEZA Programme zur Vereinheitlichung der Saatgut-Politik im südlichen Afrika abwickelt. Im Bereich von Projekten des Wissenstransfers gibt es unzählige Beispiele, für die Nutzbarmachung konkreter Projekterfahrungen und deren Transfer in andere Länder. Als Beispiel sei hier die klimafreundliche, weil holzsparende Backsteinproduktion in verschiedenen Ländern Asiens genannt.

Nutzen

Für eine bilaterale Geberagentur wie die DEZA liegt der Wert trilateraler Zusammenarbeit darin, dass damit

- beigetragen werden kann zum Aufbau effektiver Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit in den neuen Geberländern;
- neue Geber in den internationalen Geber-Konsensus integriert werden können;
- erfolgreiche Programme und Ansätze international breiter ausgetauscht werden können;
- Stärken der DEZA als langjährige Entwicklungsakteurin valorisiert werden;
- im Rahmen von Phasing-out Strategien alternative Formen der Zusammenarbeit möglich werden.

Voraussetzungen

Obwohl es keine standardisierte Formen und Umsetzungsmodalitäten für derartige Kooperationen gibt, müssen minimale Kriterien für eine erfolgversprechende Unterstützung von Süd-Süd Zusammenarbeit, respektive von trilateraler Zusammenarbeit mit der DEZA als finanzierende und katalytische Akteurin beachtet werden:

- Deklariertes Interesse und Verpflichtung seitens des Empfängerlandes;
- Verpflichtung zur Mitfinanzierung oder dem Einsatz anderweitiger Ressourcen seitens des Partnerlandes im Süden;
- Konsens bezüglich der Zusammenarbeitsprinzipien wie Nachhaltigkeit, Transparenz, Rechenschaftslegung;
- Effizienz in der Umsetzung;
- Abstimmung mit der Reputation und dem Image der Schweiz im Ausland. ■

Chinas Engagement in Tansania

Neue Möglichkeiten politischer und wirtschaftlicher Partners

China wird vielfach dafür kritisiert, dass seine Entwicklungszusammenarbeit reine Interessenspolitik und zudem nicht nachhaltig sei. Es heisst, der Staat sei in erster Linie an Rohstoffen und Absatzmärkten interessiert. Lara Lundsgaard-Hansen beschreibt die Eigenschaften des chinesischen Engagements am Beispiel Tansanias, vergleicht es mit den konventionellen westlichen Ansätzen und stellt dar, wie tansanische Experten die beiden Typen von Entwicklungszusammenarbeit wahrnehmen und beurteilen.

Nach Angaben von Chinas Kooperationsbüro in Tansania umfasst das chinesische Budget für Entwicklungszusammenarbeit in diesem Land etwa 15 Millionen USD jährlich. Der Grossteil wird in Form von Darlehen und Krediten mit sehr günstigen Zins- und Rückzahlungskonditionen abgewickelt. Im Vergleich dazu wendet die Schweiz jährlich etwa 30 Millionen USD für ihre EZA in Tansania auf und Grossbritannien gar 210 Millionen.

Die chinesische Zusammenarbeit gründet auf den Prinzipien der chinesischen Aussenpolitik. Grundlegend sind einerseits die Five Principles of Peaceful Coexistence, welche z.B. gegenseitigen Respekt und Nicht-Einmischung verlangen. Andererseits sind die Four Principles of China-Africa Relations massgebend, die Aufrichtigkeit, Gleichheit und gegenseitigen Nutzen, Solidarität und gemeinsame Entwicklung einfordern.



Werkhof und Unterkünfte der chinesischen Firma, die Mosambiks neues Nationalstadium in Maputos Vorort Zimpeto errichtete. Bild: Morten Nielsen, 2009.

Während sich westliche Länder in Tansania vorwiegend in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Demokratieförderung, Regierungsreform und im Gesundheitssektor engagieren, konzentriert sich China auf den Bausektor. Nach dem chinesischen Entwicklungsverständnis stellt Infrastruktur eine zentrale Basis für wirtschaftliche Entwicklung dar. Somit ist es nicht erstaunlich, dass China seit dem Beginn der bilateralen Kooperation mit Tansania in den 1960er-Jahren zahlreiche Fabriken, Landwirtschaftsbetriebe, Strassen, Wasserleitungen, Schulen, Sportstadien und eine 1860 Kilometer lange Eisenbahnstrecke, die TAZARA, bauen liess.

Die chinesische EZA in Tansania ist an zwei Bedingungen geknüpft. Erstens muss Tansania wie jedes andere Land, das mit China kooperiert, das Ein-China-Prinzip unterstützen. D.h. Taiwan darf nicht als unabhängiger Staat anerkannt werden. Zweitens sind alle Entwicklungsprojekte liefergebunden. Viel Baumaterial wird aus China bezogen, Experten werden ebenfalls von China gestellt, und die beteiligte Baufirma muss in der Regel ein chinesisches Staatsunternehmen sein. Einzig die Bauarbeiter sind tansanischer Herkunft. Die Projektmittel – z.B. für den Bau der Herzklirik in Dar es Salaam – werden nicht der tansanischen Regierung zur

Verfügung gestellt. Vielmehr wird mit einem Entwicklungskredit der chinesischen Eximbank ein chinesisches Unternehmen finanziert, welches das Bauprojekt umsetzt. Nach Abschluss des Projekts schuldet der tansanische Staat der Eximbank den entsprechenden Betrag. Anders ausgedrückt: Tansania bezahlt die Eximbank dafür, dass ein chinesisches Unternehmen im Land Infrastruktur aufbaut. Im westlichen Verständnis kann dies kaum als Entwicklungszusammenarbeit gelten, aus chinesischer Sicht jedoch schon, denn die Kredite werden zu sehr günstigen Bedingungen vergeben.

Abgesehen vom Ein-China-Prinzip stellt China überrigens keine politischen Konditionen, da dies nicht mit den Prinzipien der Peaceful Coexistence vereinbar wäre. Dies ist ein grosser Unterschied zur Entwicklungszusammenarbeit anderer Länder. Denn die westlichen Länder stellen zwar heute nur noch selten Konditionen der Liefergebundenheit, sie verbinden ihre EZA jedoch mit politischen Konditionen, wie z.B. Reformen in der öffentlichen Verwaltung, im Justiz- und Finanzwesen, oder im Privatsektor. Die meisten bilateralen westlichen Entwicklungsgelder sind jedoch nicht Kredite sondern Beiträge.

Wahrnehmung der Zusammenarbeit

In Interviews mit 18 tansanischen Experten für Entwicklungsfragen wurde ersichtlich, dass Tansania klar zwischen westlicher und chinesischer Entwicklungszusammenarbeit differenziert. Als bedeutendster Unterschied wird dabei die unterschiedliche Handhabung von Konditionen wahrgenommen. Während z.B. vom Westen eingeforderte Reformen als Misstrauen und Bevormundung verstanden werden, erscheint im Falle Chinas die Liefergebundenheit als unproblematisch. Dies und auch die Betonung der Förderung bilateraler Handelsbeziehungen lässt China weniger als Geber sondern vielmehr als Geschäftspartner erscheinen. Tansania hofft, dass die neuen Chancen für wirtschaftliche und politische Kooperation mit China genutzt und umgesetzt werden können.

Chinas Engagement wird in Tansania auch deshalb sehr geschätzt, weil die Bauprojekte sehr schnell umgesetzt werden und somit helfen, infrastrukturelle Unterentwicklung und Engpässe zu überwinden. Die chinesische Zusammenarbeit sei spontan. Im Gegensatz dazu ziehe sich westliche Unterstützung häufig in die Länge, da die politischen Konditionalitäten eine Verzögerung der Umsetzung verursachen. Trotzdem wird auch das westliche Engagement geschätzt, da es langfristig sehr wertvoll sein könne. So wird z.B. als positiv empfunden, dass der Westen den Gesundheitssektor und somit das Humankapital fördert oder die Zivilgesellschaft in ihren Bemühen unterstützt, die Korruption im Land weiterhin zu bekämpfen. Die Tansanier wünschen sich vom Westen lediglich, dass ihnen mehr Vertrauen entgegengebracht und unkonditionierte Beratung und Unterstützung geboten wird.

Eine Eigenschaft haben laut den tansanischen Experten beide Seiten – der Westen und China – gemeinsam: Für beide sei Entwicklungszusammenarbeit ein Instrument der Interessenspolitik. Jedoch unterscheiden sich die Interessen des Westens und Chinas bedeutend. Während China offensichtlich daran interessiert sei,



Afrika ist auch ein wichtiger Markt für China. Chinesische Produkte wie dieses Motorrad sind im Alltag sehr präsent. Bild: Thomas Junker, 2010.

sich den Zugang zu natürlichen Ressourcen und Absatzmärkten zu sichern und politische Freundschaften mit möglichst vielen Entwicklungsländern aufzubauen, seien westliche Länder vorwiegend darauf aus, ihren Einfluss in Afrika aufrecht zu erhalten und indirekt ihre eigenen multinationalen Konzerne zu unterstützen.

Obwohl die wachsende Kooperation mit China von vielen tansanischen Experten als wertvoll und wichtig empfunden wird, äusserten einige auch Bedenken. Das chinesische Engagement sei kaum mit capacity building und Stärkung der Zivilgesellschaft vereinbar und untergrabe zudem das einheimische Baugewerbe. Hinzu komme, dass mit den verschiedenen Handelsabkommen zwischen China und Tansania die nationalen Märkte mit chinesischer Billigware überflutet werden, was die Entwicklungsmöglichkeiten des lokalen Gewerbes stark einschränke.

In einem Punkt sind sich alle tansanischen Experten einig: Der Bildungssektor wird von beiden Formen der EZA viel zu wenig unterstützt. Bildung auf allen schulischen Stufen – von der Primarschule bis zur akademischen und technischen Bildung – sei die wichtigste Grundlage für eine langfristige und nachhaltige Entwicklung.

Interessenspolitik oder gegenseitiger Nutzen?

Chinesische Entwicklungsprojekte sind politische Symbole von Freundschaft und können als Wirtschaftshilfe mit beidseitigem Nutzen betrachtet werden. Chinas Engagement in Tansania ist somit explizit mit Interessenspolitik verbunden. Und dennoch – oder gerade deshalb – wird die chinesische Entwicklungszusammenarbeit von Tansania geschätzt. Sie weist einen viel engeren Bezug zur Wirtschaft auf und bietet daher neue Möglichkeiten politischer und wirtschaftlicher Kooperation auf partnerschaftlicher Ebene. ■

Lara Lundsgaard-Hansen war bis vor Kurzem Forschungsassistentin am Centre for Development and Environment (CDE) am Geographischen Institut der Universität Bern, wo sie 2010 ihre Masterarbeit mit dem Titel «Western and Chinese Development Assistance in Tanzania. A Comparison of Approaches Followed by an Evaluation from a Tanzanian Perspective» einreichte.
Download: www.cde.unibe.ch/University/TTD_Un.asp
Kontakt: lara.lundsgaard@gmx.ch.

Brasilien in Afrika

Vale do Rio Doce und Brasiliens Süd-Süd Zusammenarbeit mit

Seit den 1960er-Jahren ist Brasilien ein Partner Afrikas. Damals bemühte sich die brasilianische Diplomatie um eine stärkere Nähe zu den afrikanischen Ländern. Inzwischen ist Brasilien ein Begleiter der afrikanischen Renaissance geworden und leistet einen Beitrag dazu, dass Afrika endogene Antworten auf Entwicklungsprobleme findet. Besondere Beachtung verdient in diesem Sinne die Intensivierung von Programmen zur technischen Zusammenarbeit der brasilianischen Regierung, die versuchen, den neuen Bedürfnissen afrikanischer Länder gerecht zu werden. Marta Zorzal e Silva beleuchtet die Aktivitäten der staatlichen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere brasilianischer Unternehmen in Mosambik, wobei sich freilich die Frage nach der neokolonialen Dimension dieser Aktivitäten stellt.

6



Die staatliche brasilianische Entwicklungszusammenarbeit mit Mosambik fokussiert auf die Bereiche Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung und Berufsausbildung. Dennoch sind die Aktivitäten der brasilianischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (ABC) sehr breit angelegt. Auch wenn Brasilien sein Interesse vor allem auf die lusophonen Länder Afrikas richtet, die etwa 55 Prozent der brasilianischen Entwicklungsgelder beanspruchen, steigt die Zahl der anderssprachigen Länder in Afrika, die in den Genuss dieser Hilfe kommen. Gleichzeitig investieren immer mehr brasilianische Unternehmer in Afrika, insbesondere in den Abbau von Rohstoffen. Der Grosskonzern Vale do Rio Doce gehört prominent dazu.

Brasilianischer Multi

Das Unternehmen wurde im Jahre 1942, also während des zweiten Weltkrieges, von der brasilianischen Regierung gegründet. Vale do Rio Doce hat seitdem eine beeindruckende Entwicklung genommen, um sich als zweitgrösstes brasilianisches Unternehmen auf dem Weltmarkt zu etablieren. 1997 wurde das Unternehmen im Kontext der grossen Veränderungen der Weltwirtschaft und der Beziehungen zwischen Staat und Markt privatisiert. Vale hielt jedoch an seiner Tradition der Diversifizierung seiner Produkte und Dienstleistungen fest. Das Unternehmen ist heute die zweitgrösste Mininggesellschaft der Welt, eines der 25 grössten börsennotierten Unternehmen weltweit und auch das grösste Privatunternehmen Lateinamerikas. Das Unternehmen verfügt gemäss eigenen Angaben über einen Kapitalwert von 160 Milliarden USD und hat eine halbe Million Aktionäre verstreut über die ganze Welt. Nach der Privatisierung hat das Unternehmen sein Augen-

merk auf das Minengeschäft (Exploration und Abbau) sowie die Verkehrsinfrastruktur und Logistik gerichtet (Vale besitzt über 10 000 Eisenbahnkilometer und neun Häfen). Der Sitz des Unternehmens ist in Brasilien, doch hat es Geschäfte und Niederlassungen überall auf der Welt. Im Ausland verfügt Vale über Büros und Unternehmungen in 17 Ländern. Davon sind neun in Afrika angesiedelt. Seit 2004 ist Vale in der Prospektion und im Abbau von Mineralien in Mosambik, Angola und Gabun tätig. Neben seinen wirtschaftlichen Aktivitäten unterstützt Vale im Rahmen seiner Unternehmensverantwortung auch soziale Programme in diesen Ländern. Sie hat eine gleichnamige Stiftung gegründet, die nach eigenen Angaben in den letzten drei Jahren 725 Millionen USD in Bildung, Gesundheit, Kultur, Infrastruktur und Bürgerförderung sowie 1,7 Milliarden USD in Umweltschutzmassnahmen investiert hat.

Transformatives Wissen

Die Stiftung hat sogenannte «Stätten des Wissens» (Estações Conhecimento) ins Leben gerufen, die als Bildungs- und Produktivzentren dienen. Sie zielt darauf ab, Veränderungen zu fördern, welche Menschen helfen, selbst die Initiative zu ergreifen, ihre Einstellungen zu hinterfragen und wo nötig zu ändern. Vor allem geht es um die Aneignung von Wissen, damit die gewünschten Veränderungen umgesetzt werden können. Mit diesem Ansatz wurden gute Erfahrungen in den Bundesländern von Pará, Maranhão, Minas Gerais, Espírito Santo und Rio de Janeiro gemacht. Dort setzen sich diese Stätten des Wissens dafür ein, dass sowohl auf dem Land als auch in den Städten sich Menschen kulturell und beruflich weiterbilden.

In Vitória im brasilianischen Bundesstaat Espírito Santo liefert Vale do Rio Doce mit der Bahn Eisenerz aus Mina Gerais an und schlägt es über den Hafen Tubarão um. Dieser ist einer von neun Häfen, die Vale do Rio Doce weltweit betreibt, und die primär dem Umschlag von Rohstoffen dienen.
Bild: Marta Zorzal e Silva 2009.



Genau diese Erfahrung wird von der Stiftung auch in anderen Ländern genutzt. In Mosambik hat sie beispielsweise zwei solcher Wissensstätte gegründet und in Lateinamerika eine weitere in Kolumbien. Im globalen Kontext der Süd-Süd Zusammenarbeit Brasiliens mit dem afrikanischen Kontinent sowie mit Bezug auf die Beweggründe, die Brasilien dazu geführt haben, die Zusammenarbeit mit den lusophonen Ländern zu stärken, ist es durchaus denkbar, dass Vale hier eine wichtige Rolle spielt. Über die entsprechende Erfahrung mit der Überwindung von Hürden in Entwicklungsfragen verfügt sie sehr wohl. Das Unternehmen könnte auch der Türöffner für Brasiliens Entwicklungspolitik in Afrika sein.

Eigeninteresse

Zweifel sind dennoch angebracht. Es besteht ein Spannungsverhältnis zwischen Solidarität und Zusammenarbeit einerseits und dem Eigeninteresse Brasiliens andererseits. Auch wenn das vorrangige und bekundete Ziel darin besteht, die Süd-Süd Zusammenarbeit zu fördern, darf die Gefahr nicht übersehen werden, dass neue koloniale Beziehungen zwischen den ungleichen Partnern – Brasilien und Afrika – entstehen. Es gibt Leute in Brasilien, die sich Gedanken über diese Gefahren machen. Sie weisen darauf hin, dass die brasilianische Entwicklungszusammenarbeit nur dann dem Süd-Süd Gedanken gerecht werden kann, wenn sie eine andere Politik verfolgt, d.h. weg von der gescheiterten «Hilfe» des internationalen Entwicklungsapparats und hin zu einer wahren Partnerschaft, die die wirtschaftlichen Interessen von Grosskonzernen wie Vale do Rio Doce zwar fördert, aber nicht auf Kosten der afrikanischen Entwicklung. Hierfür benötigt

Brasilien eine Öffentlichkeit, die sowohl die offizielle Entwicklungspolitik als auch das Handeln von brasilianischen Grosskonzernen im Ausland kritisch begleitet. Die Forschung kann dazu beitragen, die Öffentlichkeit mit fundiertem Wissen auszustatten. Von besonderer Bedeutung wird die Frage sein, welche Rolle Firmen wie Vale do Rio Doce und Petrobras bei der Stärkung bzw. nicht-Schwächung politischer Systeme in Afrika spielen. Können Firmen, die im Kontext autoritärer Machtstrukturen entstanden sind, einen Beitrag dazu leisten, Demokratien zu festigen? ■

Marta Zorzal e Silva ist Politikwissenschaftlerin und lehrt an der Bundesuniversität von Espírito Santo in Vitória, Brasilien, wo auch das Unternehmen Vale do Rio Doce seinen Sitz hat. In ihrer 2004 erschienenen Doktorarbeit mit dem Titel «A Vale do Rio Doce na estratégia do desenvolvimentismo brasileiro» analysierte sie die Entstehung dieses Unternehmens im Kontext der brasilianischen Diktatur. Marta Zorzal e Silva wird ab September 2011 für ein Jahr Gastwissenschaftlerin am Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel sein und sich mit der Frage des Wissenstransfers brasilianischer Unternehmen in Afrika befassen.
Kontakt: mazorzal@uol.com.br.

Die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft

Regionale Integration – ein Projekt mit Zukunft?

Der von den westlichen Staaten geförderte und unterstützte Zusammenschluss der Staaten des südlichen Afrikas kommt nicht vom Fleck. Südafrika drängt schon weiter zur Integration mit den ostafrikanischen Staaten von Ägypten bis Zimbabwe. Sind die Ziele zu ehrgeizig? Oder sind sie für die mächtigen Wirtschaftsakteure interessanter als für die schwachen? Susy Greuter beleuchtet zusammen mit Kurt Häsemeyer die Situation der Southern African Development Community (SADC).

Statistiken sind meist mit Vorsicht zu genießen. Dies gilt insbesondere für Afrika und den informellen Handel, für den keine amtlich erfassbaren Handelslizenzen bestehen, und der in winzigsten Quantitäten, sackweise oder maximal in Pick-up-Ladungen erfolgt. Über die Daten der wichtigsten Grenzposten wird erst ein Teil des informellen Güterflusses zwischen den Staaten des südlichen Afrikas abgebildet, doch es ergeben sich beachtliche Zahlen: Neben den verschiedensten anderen Gütern haben in den letzten Jahren über 16 000 Tonnen Reis und 15 000 Tonnen Bohnen auf informelle Weise die Grenzen dieser Länder passiert. Diese Nahrungsmittel stammen einerseits aus den Häfen, wo asiatischer Reis eingeführt wird, andererseits aus Überschussgebieten. Die dadurch innerhalb des südlichen Afrikas generierten Zollabgaben werden auf nicht weniger als 17,6 Milliarden USD pro Jahr geschätzt!

Die Mehrheit der informellen HändlerInnen sind Frauen, die, anders als in Westafrika, kaum für ein beachtliches Handelskapital bekannt sind. Sie schlagen sich durch, kommen unter enormem Einsatz vielleicht zu bescheidenem Wohlstand, den sie bei Schicksalsschlägen auch wieder verlieren können. Das Risiko, an den Grenzstellen nicht nur tageweise aufgehalten zu werden, sondern eventuell Bestechungsgelder berapen zu müssen oder gar sexuell belästigt zu werden, ist Teil ihres geschäftlichen Alltags.

Handelsbarrieren abbauen

Diese Tausende von Mini-ImporteurInnen, deren Zahl mit den diversen Krisen seit den 1990er-Jahren ständig wuchs, spüren noch immer nichts von Handelserleichterungen durch die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrikas (SADC). Als Nachfolgeorganisation der Südafrikanischen Entwicklungskonferenz (Southern Africa Development Coordination Conference SADCC) verspricht dieser Zusammenschluss eigentlich schon seit 1980 den Abbau der regionalen Handelsbarrieren.

Während der 1980 gegründete Schutzbund der Frontstaaten gegen die aggressive Apartheidmacht Südafrika noch ganz auf freiwillige Abkommen setzte, gab sich die SADC ab 1992 ein weitreichendes Programm von bindenden Integrationsschritten. Doch schon die für 2010 geplante Zollunion, die zweite Etappe auf dem Weg zu gemeinsamem Markt und angestrebter Wäh-

rungsunion (geplant für 2016), blieb bei den Vorsätzen stecken. Die vereinbarten Massnahmen für die 2008 begründete Freihandelszone wurden erst von einer Minderheit der Staaten ratifiziert. Gültig und bindend werden sie jedoch nur bei einer Ratifizierung durch eine Zweidrittel-Mehrheit. Selbst von den Signatärstaaten werden sie oft durch neue Vorschriften unterlaufen, die eine Implementierung der Freihandelszone verunmöglichen.

Das Interesse am Beibehalten der Zoll- und Tarifschranken ist unschwer zu erklären: Im Gegensatz zum wirtschaftsstarke Südafrika haben die weniger entwickelten Staaten nur ungenügende Steuereinkünfte, und die Zolleinnahmen sind ein wichtiger Posten im Regierungsbudget. Ganz besonders trifft dies für Lesotho, Swaziland und Namibia zu, deren bereits hundertjährige Zollunion mit Südafrika (und Botswana) die Klausel enthält, dass die gesamten Zolleinnahmen der Union nach einem bestimmten Schlüssel verteilt werden. Swazilands und Lesothos Einnahmen aus diesem Arrangement machten in den 1990er-Jahren 40 und 70 Prozent ihrer gesamten Staatseinnahmen aus. Die Integration dieses von Südafrika paternalisierten Verbundes in die SADC steht denn auch noch aus.

Auch gilt es, die inländische Produktion zu schützen (die agrarische ebenso wie die industrielle), denn es ist die Krux dieser Nachbarländer, dass sie tendenziell die gleichen Produkte fertigen. So können die meisten Mitgliedstaaten (ausser Südafrika und vielleicht Angola) nicht damit rechnen, dass ihr Exportvolumen in die anderen SADC-Staaten in einer Zollunion bedeutend wachsen würde. Bei noch immer weitgehend nach Norden gerichteten Exporten beträgt es im Schnitt gerade fünf Prozent, ist also zu unbedeutend um dafür zu riskieren, dass das effizienter produzierende Südafrika die eigenen Waren im Inland aus dem Markt wirft.

Freizügigkeit

Die erklärte Absicht der SADC, auch die freie Bewegung der Arbeitskräfte zu gewähren, blieb gleichfalls bei einem schon 1997 erarbeiteten Regelwerk stecken. In den meisten Mitgliedstaaten ist es für kleine Leute, die kein gewichtiges Bildungs- oder Vermögenspaket mitbringen, nach wie vor fast unmöglich Aufenthaltsrechte zu erwerben. Noch immer braucht es ein Visum, um die Grenzen legal zu überschreiten. Gründe finden sich leicht: Die kleinen und schwächeren Staaten fürchten die Abwanderung ihrer gut ausgebildeten Leute, während Südafrika die Zuwanderung kontrollieren und eindämmen möchte. Informell fließen diese Migrationsströme jedoch längst und zwar entlang jener Routen, die einst von den durch die südafrikanischen Minen rekrutierten Arbeitern beschritten wurden. Solange kein Freizügigkeitsabkommen besteht, riskiert jeder Migrant einen unsicheren, bzw. illegalen Aufenthaltsstatus. Die zimbabwischen Fachleute, die schon in den 1990er-Jahren zahllose Verwaltungsstellen in Botswana besetzten, sind dabei weniger gefährdet als die auf zwei Millionen geschätzten Landsleute, die heute ihr Auskommen in Südafrika suchen und teilweise nur informell beschäftigt sind.

Politische Koordination und Sicherheit

Die SADC hat sich ausser den wirtschaftlichen Zielen auch eine politische Agenda gesetzt: Gemeinsame politische und kulturelle Werte sollen durch legitime, demokratische Institutionen befördert werden, da «die Gemeinschaft anerkennt, dass wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung nicht unter Bedingungen politischer Intoleranz, fehlender Rechtssicherheit, Korruption und ziviler Unruhe oder gar Krieg realisiert werden können. Sie ist sich bewusst, dass unter solchen Bedingungen die Armut sich ausweitet ... und sich ein destruktiver Zyklus wiederholt, der Unterentwicklung und extreme Entbehrungen perpetuiert.» Die Durchsetzung dieser hehren Ziele wird allerdings durch die statuarische Anerkennung der vollen Souveränität der Mitgliedstaaten behindert, welche die Anerkennung gemeinsamer Regeln jederzeit widerrufen können.

Das Organ für Politik, Verteidigung und Sicherheit (OPDS) tritt deshalb nur in Extremfällen in Aktion und bleibt oft wirkungslos, wie z.B. der Einsatz gegen das autokratische Regime in Swasiland zeigte. Auch im Fall der brutalen Manipulation und Nichtanerkennung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Zimbabwe durch die ZANU-PF (2008) brauchte es den Druck der Afrikanischen Union und der internationalen Organisationen, um die Troika der Vorsitzenden in Bewegung zu bringen. Das vorläufige Resultat dieser Intervention ist, milde gesagt, sehr ambivalent. Es kam wohl nur zustande, weil die Regierung Mugabe hoffte, so die Sanktionen durch die weitere internationale Staatengemeinschaft abwenden zu können. Nachdem am 31. März dieses Jahres die Troika des OPDS ein viel klareres und strikteres Verdikt gegen das erneute Übergehen der vereinbarten Agenda zur Machtteilung und die Wahlvorbereitung durch Mugabe aussprach, bahnt sich eine neue Situation an. Es muss bezweifelt werden, dass das OPDS im Fall von neuerlicher Missachtung der Gebote Sanktionen vorschlagen, und die Versammlung der Staatsoberhäupter diese einsetzen wird.

Klagerecht

Der bisherige Verlauf vieler SADC-Vorhaben lässt eine solche Perspektive kaum zu. Eine der effektiven Errungenschaften der SADC war die Einsetzung eines gemeinsamen Gerichtshofes, der Streitfälle zwischen den Mitgliedern aber auch den Bürgern und ihrer jeweiligen Regierung beurteilen und die «korrekte Einhaltung und Interpretation» der Regelwerke sichern sollte. Sein Urteil zugunsten eines unrechtmässig enteigneten Farmers und gegen die zimbabwische Regierung machte international Schlagzeilen. Doch Zimbabwe entzog sich diesem Urteil, und es blieb toter Buchstabe. Fünf Jahre nach der Einsetzung des Tribunals wurde es 2010 vom Gipfel der SADC-Staatsoberhäupter für vorderhand zwei Jahre ausgesetzt. Werden seine Kompetenzen danach noch die gleichen sein?

Wo bleibt der Nutzen?

Warum bleibt das Interesse der Mitgliedstaaten an diesem Projekt trotzdem bestehen? Das implizite Ziel, das sie bei der Stange hält, dürfte das Gewicht eines Bundes von 15 Staaten in der globalen Wirtschaft und in den internationalen Foren sein – ein Gewicht, dass



Die Southern African Development Community hat geholfen, Barrieren abzubauen. Doch noch bestehen manche Hindernisse. Bild: Grenz-zaun zwischen Zimbabwe und Südafrika. Simon Reeve, 2007.

selbst die grösseren Mitgliedstaaten heute kläglich vermissen. Intern wird auch darum gerungen, von der Republik Südafrika als einzigem Schwergewicht im Verbund, nicht bloss als Hinterhof behandelt und deren Eigeninteressen unterstellt zu werden, wenn es darum geht, die Anliegen der SADC global zu vertreten.

Das Ungleichgewicht der Mitgliedstaaten in Bezug auf den Ausbau der Wirtschaftsstrukturen, die Diversifizierung der Produktion, das Pro-Kopf-Einkommen, Bildungsniveau und ihre Bedeutung als potentieller Markt verhindert jedoch den Gleichschritt der Interessen. Solange der regionale Entwicklungsfond keine bedeutenden Schritte zur Angleichung versprechen kann, gibt es besonders für die ärmsten Nationen keinen Anreiz, sich der Weltmarktstrategie Südafrikas anzuschliessen, und suchen sie Zuflucht in der eigenen Souveränität. Dieser Entwicklungsfond wird aber immer weniger von Gebern bedacht, die von der politischen Durchsetzungskraft der Gemeinschaft gerade im Fall von Zimbabwe enttäuscht sind. Und die Einlagen selbst der stärkeren Mitglieder (inklusive Südafrika) sind mehr als bescheiden.

Auch die ärmeren Mitgliedstaaten haben in diesen Prozessen den Interessen der kleinen HändlerInnen und MigrantInnen nie Bedeutung zugemessen. Erst in jüngster Zeit setzen sich der Rat der NGOs im SADC und Kirchen für sie ein, in der Hoffnung aus den grossen Versprechen Erleichterungen für den beträchtlichen Austausch auf der untersten Ebene der Wirtschaft ziehen zu können. ■

Kurt Häsemeyer (†) war über lange Jahre Koordinator der Friedrich Ebert Stiftung im südlichen Afrika, die den Aufbau der SADC ab 1994 förderte. Susy Greuter ist Sozialanthropologin mit langjähriger Afrikaerfahrung und Mitglied des Afrika Komitees. Kontakt: susy.greuter@sunrise.ch.

Mitgliedstaaten

Die SADC umfasst heute die Staaten Tansania, Mosambik, Malawi, Zimbabwe, Sambia, Angola, Namibia, Lesotho, Swasiland, Südafrika, Demokratische Republik Kongo, Mauritius, Seychellen und – zur Zeit sistiert – Madagaskar. •

Info: www.sadc.int.

Afrika in Kürze

Guinea

Ambitiöser Alpha Condé

Ende November 2010 ist der heute 73-jährige Alpha Condé zum neuen Präsidenten von Guinea gewählt worden. Die Militärmachthaber unter Putschgeneral Sékouba Conaté lösten damals ihr Versprechen ein, demokratische Wahlen durchzuführen.

Mit Alpha Condé tritt ein Mann an die Spitze des völlig verarmten westafrikanischen Landes, der von sich behaupten kann, während einem halben Jahrhundert für die Demokratie in seiner Heimat gekämpft zu haben. Die ersten Massnahmen lassen aufhorchen. Das neue Regierungsteam hat beispielsweise alle in den Jahren 2009 und 2010 an den Staat gestellten Rechnungen revidieren lassen und festgestellt, dass sie ausnahmslos überfakturiert waren, einzelne bis zu 200 Prozent! Die bis anhin in den einzelnen Ministerien und Staatsbetrieben (Häfen, Minen, Bahn usw.) geführten Staatsfinanzen wurden zentralisiert, denn die bisherige Praxis war eine ideale Grundlage für das Versickern von Staatsmitteln. Das Budgetdefizit wurde von 13 Prozent auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts gedrückt.

Überprüft werden nun auch alle in letzter Zeit mit ausländischen Firmen geschlossenen Verträge. So wurde festgestellt, dass Rio Tinto 47 Prozent seines Geschäfts an die chinesische Chinalco weiterverkauft

hat, obwohl Guinea ein Vorkaufsrecht gehabt hätte. Rio Tinto musste nachzahlen. Als nächstes stehen Nachverhandlungen mit dem russischen Investor Rusal an. Eine Koppelung von Investitionen und Krediten, wie sie von China praktiziert wird, erachtet Condé als ungesund und intransparent.

Die grössten Schuldner der Regierung wurden zur Zahlung ihrer Ausstände angehalten. Nachdem dies nicht fruchtete, sind sie nun in den Medien publiziert worden – darunter auch Schuldner, die den Wahlkampf von Condé mitfinanziert hatten. Condé: «Ich protegieren niemanden, weil er mich unterstützt hat.» Seiner Familie hat er verboten, Unterstützungsgesuche aus dem weiten afrikanischen Familienumfeld anzunehmen und weiterzureichen.

Condé will Guinea zum Reiseexporteur Westafrikas machen, so wie dies 1955 unter französischer Kolonialherrschaft in die Wege geleitet wurde. Die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln ist im klimatisch günstigen Land keine Utopie. Condé: «Ich habe mit den Bauern ein Abkommen geschlossen: Sie produzieren und ich helfe ihnen, bis wir Selbstversorger und gar Exporteur geworden sind. Ausländische Firmen sind willkommen, wenn sie unsere Bauern unterstützen. Aber wir werden ihnen nicht wie in Madagaskar Land verkaufen.» ■

Quelle: Jeune Afrique, Nr. 2628, 22. Mai 2011.

Kamerun

Bauern und Bürger verlangen mehr Förderung der eigenen Landwirtschaft

Eine angekündigte, friedliche Demonstration von Kleinbauernvertretern aller Regionen Kameruns gemeinsam mit der volkswirtschaftlich engagierten Bürgerorganisation ACDIC in Yaoundé wurde Ende Mai brutal unterdrückt. 400 Personen wurden verhaftet und ohne Nahrung und Wasser für 24 Stunden verwahrt. Die Demonstration war keineswegs eine direkte Regimekritik, wie dies die bald 30-jährige Regierung Biya zu befürchten schien. Vielmehr zielte sie auf eine Förderung der kleinbäuerlichen Produktion durch Beratung und einen präferenziellen Einbezug ihrer Produkte in die Versorgungsstrategie des Landes ab. Die Forderungen wurden von der Regierung nicht entgegengenommen. ■

Zentralafrika

Black-Out vorprogrammiert

Afrikanische Stromproduzenten und Stromtransporteure haben sich anfangs Juni in Brazzaville getroffen. Das Thema: Wie kann die Stromversorgung in Zentralafrika verbessert werden? In Afrika wird zwar nur drei Prozent der Welt-Stromproduktion verbraucht, aber es leben 15 Prozent der Weltbevölkerung auf dem Kontinent. Auf 125 Millionen Bewohner in Zentralafrika gibt es heute nur 1,7 Millionen Elektrizitätsabonnenten! ■

Phantomwähler

Richard Johnson, Professor am südafrikanischen Institut für Rassenbeziehungen, konnte die zimbabweischen Wählerregister einsehen. Seine Erkenntnisse sind erhellend: Über 41 000 Personen mit einem Alter von über 100 Jahren sind erfasst (bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 49 Jahren). 16 800 Personen haben exakt dasselbe Geburtsdatum. Mehrere hundert Wähler sind minderjährig – und dies schon auf den veralteten Wählerlisten. Im Vergleich zur Wohnbevölkerung gibt es etwa 2,6 Millionen Wähler zu viel. ■

Diamantenexport

Im Juni 2011 erklärte Mathieu Yamba, Vorsitzender des Kimberley Process (KP), dass Zimbabwe alle internationalen Richtlinien zum Export von Rohdiamanten einhalte und somit zum Export von Diamanten aus den Marange-Minen ohne internationale Supervision berechtigt sei. Diese Entscheidung löste heftige Proteste aus und verschlechterte den ohnehin angeschlagenen Ruf der Institution zur Regulierung des internationalen Rohdiamanten-Handels (KP).

Jüngste Vorkommnisse in Marange, bei welchen 200 Minenarbeiter und Bewohner der umliegenden Dörfer durch die Regierungsarmee getötet wurden, verdeutlichen, dass es in der Region der Minen nach wie vor gravierende Menschenrechtsverletzungen gibt.

Zimbabwe Advocacy Office (ZAO) und Brot für Alle (BFA) begrüßen und unterstützen daher die kritische Position der Schweizerischen Bundesregierung, wonach die Erklärung von Yamba die KP-Ordnung untergrabe und somit als null und nichtig zu betrachten sei. ■

Völkerrechtlich illegale Phosphat-Mine

Die NGO «Freunde des saharaischen Volkes» wirft dem Schweizer Rohstoffkonzern AMEROPA vor, er kaufe erwiesenermassen Phosphat der in West-Sahara-Territorium liegenden Mine Boukraa auf und handle damit. Westsahara wurde von den Vereinigten Nationen als Kolonie Marokkos eingestuft. Dieser Status verlangt gemäss UNO- und EU-Recht, dass die Bevölkerung ihr Einverständnis zur Ausbeutung von Bodenschätzen auf ihrem Territorium geben muss. Eine solche Befragung hat nie stattgefunden, und die Proteste der Saharaouis gegen den Betrieb dieser Phosphat-Mine bleiben unbeachtet. ■

Wie sie arm bleiben

Die 48 am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs), 33 davon in Sub-Sahara Afrika liegend, verloren zwischen 1990 und 2008 geschätzte 246 Milliarden USD vor allem durch rechtswidrige Machenschaften der multinationalen Unternehmen. Der Erdölproduzent Angola, Tschad mit seinen Uranminen, Uganda, Äthiopien, Sambia und Lesotho sind unter den zehn meist-geschädigten Ländern zu finden. Der jährliche Verlust aller LDCs stieg seit 1990 von geschätzten 7,9 bis 9,7 Milliarden auf 20,2 bis 26,3 Milliarden USD im Jahr 2008.

Für 65 bis 70 Prozent dieser Verluste wird eine Unterfakturierung der Exporte an die Muttergesellschaften verantwortlich gemacht – nach dem gleichen Muster wie dies bei Glencore ruckbar wurde (siehe Spalte in der Mitte). Ausserdem werden die Produkte meist nicht direkt von der Muttergesellschaft weiterverkauft, sondern von Tochterfirmen – oft nicht viel mehr als ein Briefkasten – die in Steueroasen wie den Cayman Islands oder Obwalden angesiedelt sind und die Erlöse zugeschrieben bekommen. ■

Quelle: <http://allafrica.com/stories/201105301876.html>.

Produktion in Sambia – Gewinne in Zug

Der Börsengang des Zuger Rohstoffhändlers Glencore brachte Einblick in Geschäftspraktiken, mit denen die Gaststaaten systematisch um legitime Steuereinkünfte gebracht werden. Glencores Tochterfirma Mopani weist seit Jahren Geschäftsverluste aus und umgeht so die Versteuerung eines Gewinns in Sambia. Zustande kommen diese Verluste einerseits durch unerklärlich hohe Betriebskosten: Für 2007 konnte die mit norwegischer Entwicklungshilfe finanzierte Buchprüfungsfirma keine plausible Erklärung für ausgewiesene Kosten in der Höhe von 380 Millionen USD finden. Andererseits entdeckten die Buchprüfer eine fortgesetzte Minderung der Einnahmen durch unter dem Weltmarktpreis verrechnete Verkäufe von Kupfer und die Unterschlagung eines Teils der Kobalterträge. Glencore als fast alleiniger Abnehmer der Minenproduktion von Mopani verstösst damit gegen ein Prinzip der OECD, das auch bei firmeninternem Handel die Verrechnung zu Weltmarktpreisen vorschreibt. Zwischen 2003 und 2008 entgingen so weitere geschätzte 700 Millionen USD der sambischen Steuer. So konnte Sambia von der gegenwärtigen Hausse der Kupferpreise nicht profitieren – dies, nachdem im Jahr 2000 Mopani schon die Konzessionsgebühren auf Weltrekord-Tiefe heruntergehandelt hat. Zu dieser unter vielen multinationalen Konzernen gängigen Praxis siehe auch Afrika-Bulletin Nr. 141, Seite 13. ■

Südsudan: Endlich frei!

Die gewaltvolle Vergangenheit belastet den Aufbau

Am 9. Juli dieses Jahres wurde der Südsudan zu einem souveränen Staat. Das historische Ereignis entspricht dem Willen der überwiegenden Mehrheit der südsudanesischen Bevölkerung. Deren Freude und Stolz können aber nicht über die enormen Schwierigkeiten des 54. Staates in Afrika und 194. der internationalen Gemeinschaft hinwegtäuschen, meint Ruedi Küng.

Wer Rang und Namen hat im Sudan fand sich am 9. Juli 2011 in Juba ein, der jüngsten Hauptstadt der Welt, der das Städtische wie das Welthafte noch weitgehend fehlen. Zusammen mit Vertretern aus über 70 Ländern wohnten sie dem erstmaligen Hissen der südsudanesischen Flagge bei. Politische Grössen der Region wie Ugandas Präsident Yoweri Museveni, Kenias Präsident Mwai Kibaki und Premier Raila Odinga, sowie Südafrikas Präsident Jacob Zuma sorgten mit ihren Trossen von gepanzerten Fahrzeugen nicht nur für Aufsehen, sondern auch für ein Verkehrschaos. Der Erzfeind und starke Mann aus Khartum, Omar Hassan Ahmad al-Bashir, auf dessen Anwesenheit an der Zeremonie Südsudans Präsident Salva Kiir Mayardit grössten Wert gelegt hatte, verlieh seiner Bedeutung Nachdruck, indem er die Honoratioren sowie die zehntausenden BürgerInnen des neuen Landes mehrere Stunden unter der brennenden Sonne warten liess. Salva Kiir revanchierte sich wohl unbeabsichtigt, indem er die eingeholte Fahne nicht al-Bashir übergab, sondern sie für ein noch zu schaffendes Geschichtsmuseum zurückbehielt.

Unrühmliche Rolle

Auch andere namhafte sudanesischer Politiker, die Jahrzehnte lang die leidvolle Geschichte des einst flächengrössten Landes Afrikas prägten, waren anwesend. Der radikal-islamisch denkende Hassan al-Turabi, brachte 1983 den damaligen Präsidenten Nimeiri dazu, das islamische Recht Scharia einzuführen und die seit dem Friedensvertrag von 1972 bestehende Teilautonomie des Südsudans aufzuheben. Beides waren Hauptursachen für den Bürgerkrieg, den Offiziere aus dem Süden im Mai 1983 mit einer Meuterei lostraten. Sadiq al-Mahdi legte sich Mitte der 1980er-Jahre als gewählter Präsident ein Demokratie-mäntelchen um, war jedoch im Süden für Massaker verantwortlich, säte in dem damals in der Weltöffentlichkeit noch völlig unbekanntem Darfur Zwietracht und bewaffnete arabische Volksgruppen. Al-Turabi wiederum war 1989 der spiritus rector hinter dem islamistischen Staatsstreich der Offiziere um al-Bashir, bei dem al-Mahdi gestürzt wurde.

Einer jedoch war nur symbolisch an den Feierlichkeiten in Juba präsent, die dafür zu seinen Ehren bei seinem Grab und Gedenkstätte in Juba stattfanden: Dr. John Garang de Mabior. Dr. John, wie man ihn weit herum nannte, hatte 1983 schnell die Führung des Aufstandes im Süden übernommen und darauf 22 Jahre lang mit harter Hand und mitunter despotisch die Sudan People's Liberation Army/Movement (SPLA/SPLM) angeführt. Wäre er noch am Leben, hätten die Feierlich-

keiten dieses Samstages vielleicht gar nicht stattgefunden. Denn Garang kämpfte nie für die Unabhängigkeit des Südens, wie es die Anya Nya-Kämpfer ab 1955 getan hatten, sondern für einen vereinten, demokratischen und säkularen Sudan. Bei unzähligen Gelegenheiten, mündlich und schriftlich, und auch in jeder Sendung des SPLM-Rebellensenders, die ich in den 1980er-Jahren gehört habe, wiederholte er fast beschwörend sein politisches Credo. Viele Beobachter teilen die Ansicht, dass Garang seine ganze Autorität und sein Charisma für die Einheit des Sudan verwendet hätte, wenn er nicht am 30. Juli 2005, ein knappes halbes Jahr nach der Unterzeichnung des umfassenden Friedensabkommens (Comprehensive Peace Agreement CPA), mit dem Helikopter seines Verbündeten Museveni zwischen Kampala und Juba abgestürzt und ums Leben gekommen wäre.

Unabhängigkeit statt Einheit

Die Geschichte ist nicht nach Garangs Plan verlaufen. Nach mehr als zwei Jahrzehnten Bürgerkrieg und sechs Jahren Autonomie gemäss Friedensvertrag waren die Stimmberechtigten des Südsudans vom 9. bis 15. Januar dieses Jahres aufgerufen, über die Zukunft ihres Landes zu entscheiden. Dass dies nur dank massivem politischen Druck der USA und anderer westlicher Staaten auf das al-Bashir-Regime möglich geworden war, tat dem für sie bisher einzigartigen demokratischen Akt keinen Abbruch. Das Resultat lässt an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig. 98,83 Prozent der Stimmberechtigten entschieden sich für die Unabhängigkeit. Die Stimmbeteiligung betrug 97,58 Prozent. Alle Befürchtungen und Warnungen über die höchst problematische Ausgangslage und die schwierige Zukunft des neuen Staates wogen in den Augen der SüdsudanInnen die einmalige Gelegenheit, das Joch der Unterdrückung abschütteln zu können, nicht auf. Zu lange waren sie vom Khartum-Regime als minderwertige BürgerInnen in Armut gehalten, erniedrigt, gegeneinander aufgehetzt, zum Islam und zur arabischen Sprache gezwungen und von seinen Milizen und Soldaten angegriffen worden, um für sich in einem vereinten Sudan eine positive Zukunft erkennen zu können. Sie wollen, wie viele sich ausdrücken, «mit den Arabern nichts mehr zu tun haben».

Probleme und Schwierigkeiten

Das ist allerdings ein frommer Wunsch. Denn das Erdöl, das fast die gesamten Einnahmen des neuen Staates generiert, wird durch Pipelines im Norden und über den Hafen von Port Sudan am Roten Meer vermarktet. Südsudans Führung wird sich also weiterhin mit den Machthabern in Khartum arrangieren müssen, wenn sie ihr völlig unterentwickeltes Land, das grösser ist als Frankreich, aber nur gerade mal 60 Kilometer Asphaltstrassen besitzt, aufbauen will. Aufzubauen gibt es in dem Land, in das in der Euphorie der Freiheit hunderttausende SüdsudanInnen zurückgekehrt sind, alles, was die Bevölkerung von etwa acht Millionen Menschen sehnlich erhofft: Schulen, Spitäler, Verwaltungsgebäude, Strassen, Brücken, Brunnen, eine ganze Wirtschaft, eine neue Gesellschaft. Etwas von diesem Aufbau zu spüren ist bisher nur in der Haupt-

stadt Juba, der denn auch der Zustrom der Massen schwer zu schaffen macht. Unter dem Friedensvertrag teilten Khartum und Juba den Erdölerlös hälftig – wobei Nichtregierungsorganisationen Khartum den Vorwurf gemacht haben, weniger als die Hälfte nach Juba ausbezahlt zu haben. Ein neues Abkommen über die Abgeltung der Vermarktung des Erdöls jedoch haben die beiden Parteien noch nicht schliessen können. Khartum verlangt zurzeit dafür 32 USD pro Fass, ein weltweit absoluter Höchstpreis.

Und es gibt viele weitere brennende Probleme zwischen Nord und Süd, die einer Lösung harren. Dazu gehört das Gebiet Abyei nördlich der jetzt internationalen Grenze beider Länder. Die Ngok-Dinka reklamieren es für sich, das heisst für den Süden. Hingegen gehört es für die Misseriya-Viehzüchter, die Abyei saisonal als Weideland beanspruchen, zum Norden. Darüber hinaus ist der Verlauf der Grenze an neuralgischen Punkten noch gar nicht für beide Seiten akzeptabel festgelegt. Die Verhandlungen darüber und über die anderen strittigen Fragen, die unter der Schirmherrschaft der Afrikanischen Union und der Leitung des früheren südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki in Addis Abeba geführt werden, verlaufen harzig.

Gefährliche interne Spannungen

Schwer wiegen auch die gegenseitigen Beschuldigungen beider Regierungen, Rebellen- und Oppositionsbewegungen im jeweils anderen Land aufzuwiegen und zu unterstützen. Im Südsudan ist das Verhältnis zwischen verschiedenen Volksgruppen höchst angespannt, insbesondere zwischen Dinka- und Nuer-Gruppen, aber auch innerhalb dieser selbst. Dabei geht es unter anderem auch um Weiderechte und Viehraub. Verstärkt werden die Spannungen durch den Anspruch auf Posten in Regierung und Administration, die von der SPLM und der grössten Volksgruppe der Dinka dominiert sind.

In der jüngeren Vergangenheit haben mehrere Militärführer den bewaffneten Kampf gegen die Regierung in Juba ausgerufen. Vertreter der südsudanesischen Regierung und der SPLM werfen ihnen vor, sie würden von Khartum unterstützt und mit Waffen beliefert. Tatsächlich gehörte solch destabilisierendes Vorgehen immer schon zur Strategie der Regierungen in Khartum.

Im Norden hat die Abspaltung Südsudans die Herrschaft des al-Bashir-Regimes erschüttert und einen neuen Süden entstehen lassen: Süd-Kordofan, Blue Nile und die Nuba Berge. Dort führen die skrupellosen Machthaber denn auch bereits wieder Krieg gegen die Zivilbevölkerung, wozu auch Bombardements aus der Luft gehören. Mit Waffen gegen die Bevölkerung vorzugehen, um nicht auf ihre Forderungen nach politischer Mitbestimmung und wirtschaftlicher Entwicklung eingehen zu müssen, ist schon lange ihre Taktik. Gleichzeitig werfen sie der Regierung in Juba vor, die OpponentInnen dort militärisch zu unterstützen. Das Friedensabkommen von 2005 sah zur Frage der Zugehörigkeit ein Referendum in Abyei, sowie eine Volksbefragung in Süd-Kordofan und Blue Nile vor. Sie haben bisher nicht stattgefunden und die Chancen, dass sie noch durchgeführt werden, sind gering. Schon gar



Im Süd-Sudan muss überhaupt erst eine nennenswerte Infrastruktur aufgebaut werden: Strassenbrücke bei Juba. Bild: Ruedi Küng, 2011.

nicht zu erwarten ist, dass dem Ausgang nachgelebt würde, sollten die Stimmenden den Süden bevorzugen. Die Bevölkerung der Nuba-Berge schliesslich, die zu einem grossen Teil den Kampf der SPLM gegen das Khartum-Regime unterstützt hatte, sieht sich als grosse Verliererin, insbesondere seit Salva Kiir als Oberbefehlshaber der südsudanesischen Streitkräfte erklärt hat, Krieg sei für seine Regierung keine Option.

In Afrika wurde Geschichte geschrieben. Die seit 1963 als unverrückbar geltenden kolonialen Grenzen sind verändert, ein neuer Staat geschaffen worden: der Südsudan. Doch wie in den anderen afrikanischen Staaten sind die enormen Entwicklungs- und Gesellschafts-probleme mit der Unabhängigkeit nicht gelöst. ■

Wer langsam geht,
kommt weit
Ein halbes Jahrhundert
Schweizer Entwicklungshilfe



Literatur

Buchbesprechungen



Ein halbes Jahrhundert Schweizer Entwicklungszusammenarbeit

hus. Aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit werden die wichtigsten Etappen und Erfahrungen dieses Engagements kritisch aufgearbeitet. Der Autor René Holenstein ist bei der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit tätig. Sein Buch gibt einen Überblick über die wesentlichen konzeptionellen Etappen und bearbeitet dann in drei grösseren Kapiteln unter dem Titel «Was ist gute Entwicklungszusammenarbeit?» die Themenschwerpunkte Armutsbekämpfung, Förderung der Menschenrechte und des Staatsaufbaus durch Stärkung der Zivilgesellschaft. In alle Kapitel sind Erfahrungsberichte und Einschätzungen weiterer Akteure der schweizerischen Entwicklungshilfe eingeflochten. ■

René Holenstein: Wer langsam geht, kommt weit. Ein halbes Jahrhundert Schweizer Entwicklungshilfe. Zürich 2010 (Chronos).

Entwicklungshilfe und schwache Staaten

hus. Wie misst man den Erfolg einer Entwicklungshilfe? Indem die Erwartungen so skaliert werden, dass sie auf jeden Fall mit den Ergebnissen übereinstimmen. Auf diese paradoxe Erfolgskontrolle stiess Henning Andresen bei Hilfsorganisationen, mit denen er als Vertreter der deutschen KfW-Entwicklungsbank über den Mitteleinsatz sprach. Er nahm dies zum Anlass, sich weitere Überlegungen zu machen, weshalb gerade in Afrika trotz gigantischer Hilfe kaum Entwicklungsfortschritte wahrnehmbar sind. Dass historische Gegebenheiten eine Rolle spielen mögen, verneint er nicht. Doch die Berufung auf die lang anhaltenden Folgen des Sklavenhandels vermag ihn nicht mehr zu überzeugen. Er sieht einen Grund für den Misserfolg in den schwachen staatlichen Strukturen, die

Korruption begünstigen. Andresen sieht sogar die Gefahr, dass Entwicklungshilfe deshalb gerade zur Schwächung von Staaten, respektive zum Fortbestehen dieser Schwäche beiträgt. Eine anregende Lektüre, die Erklärungsansätze für viele offenkundige Misserfolge liefert, ohne gleich zu einem Frontalangriff auf die Entwicklungshilfe zu blasen. ■

Henning Andresen: Staatlichkeit in Afrika, Muss Entwicklungshilfe scheitern? Frankfurt/Main 2010 (Brandes & Apsel).

Folgen afrikanische Löwen den asiatischen Tigern?

sg. Neue Interpretationsansätze aus der Linken: TAZ-Redaktor und Autor Dominic Johnson sieht eine neue Dynamik in Afrika. Er argumentiert, dass sich das der Dependenz-Theorie nachempfundene Bild Afrikas als Opfer einer globalen Wirtschaft, überwacht von den Bretton Woods-Instituten, nicht mehr auf die rohstoffreichsten Nationen Afrikas projizieren lässt. Denn hier haben die in Yale und London ausgebildeten Söhne und Töchter der Eliten das wirtschaftliche Heft in die Hand genommen. Woher das Kapital stammt, mit dem sie sich zunehmend als Unternehmer betätigen, ist eine sekundäre Frage, die auf dem Investitionsmarkt nicht interessiert. Auch die Lösegelder aus dem Piratengeschäft und die Geschäfte der ostkongolesischen Warlords wirken letztlich wie jede primitive Akkumulation, analog zum Effekt der sogenannten Entdeckungen und des Sklavenhandels für Europas Entwicklung. Eine andere Frage ist die nach der politischen Wirkung: Werden die Banken und die Verwaltungen von Bergbau, Transport und Handel tatsächlich die dünne Mittelschicht soweit ausdehnen, dass ein Druck zur Demokratisierung entsteht? ■

Dominic Johnson: Afrika vor dem grossen Sprung. Berlin 2011 (Verlag Klaus Wagenbach).

Darfur

hus. Es ist ruhig geworden um den Konflikt in Darfur. Das Interesse der Medien liegt heute bei der Unabhängigkeit Südsudans, doch auch hier blieben kriegerische Auseinandersetzungen um Grenzgebiete nicht aus. Der Anthropologe und Politikwissenschaftler Mahmood Mamdani, der in Uganda aufwuchs und heute an der Columbia University in New York lehrt, hat nun eine fundierte Studie zum Darfur-Konflikt vorgelegt.

Mamdani geht den Ursachen des Konflikts nach und zeigt auf, wie sesshafte und nomadisierende Bevölkerungsgruppen über die Frage der Landnutzung aneinander gerieten. Dabei spielten Strukturen eine Rolle, die schon in der britischen Kolonialzeit gelegt wurden, insbesondere die Verteilung von Land an Sesshafte. Sudans Regierung konnte selbst keine Landreform durchführen und so den Konflikt entschärfen. Dieser schaukelte sich immer weiter hoch, wobei auch ausländische Einflussnahme nicht ausblieb.

Dem Nautilus-Verlag kommt der grosse Verdienst zu, das in Englisch erschienene Buch einer deutschsprachigen Leserschaft nahe zu bringen. ■

Mahmood Mamdani: Blinde Retter. Über Darfur, Geopolitik und den Krieg gegen den Terror. Hamburg 2010 (Edition Nautilus).

Jugend ohne Gott

sg. Der Vater strebt himmelwärts und zitiert vor seinen Kindern Nietzsche. Diesen liest er auf dem Klo, dem einzigen ungestörten Ort in der Enge eines malawischen Mittelstandhäuschens. Er versinkt im Alkoholismus und rappelt sich schliesslich auf, indem er sich der Korruption ergibt. Doch der Jive Talker (Schwadroneur) reicht seinen unzerstörbaren Optimismus dem Sohn weiter, der es an eine Elite-Mittelschule schafft und schliesslich die Worte und den Ausdruck findet, um eine heutige, mittelständische



Jugend im südlichen Afrika zu beschreiben. Eine Jugend, die zwischen Aberglauben, magischen Versatzstücken, klassischer Bildung und neugieriger Intelligenz navigiert und das Chaos dieses Übergangs von einer traditionellen Weltansicht in die Moderne mit Lachen überwindet. ■

Samson Kambalu: *Jive Talker*. Zürich 2010 (Unionsverlag).

Angolanische Beziehungskisten

hus. Das fängt gut an: Als sich Kianda von ihrem Liebhaber, dem Schriftsteller Bartolomeu Falcato, mit einem allerletzten Kuss definitiv trennen will, wozu sie mit einem sehr alten Oldtimer an einen romantischen Ort ausserhalb Luandas fahren, fällt eine Frau vom Himmel. Tot. Doch Bartolomeu kennt sie: Nubia de Matos, ein Model, frühere Miss Angola und heutige Geliebte des Präsidenten. In diese Geschichte will er jedoch nicht verstrickt werden – und gelangt erst recht in die Fallstricke der Intrigen, wie sie Angola im Jahr 2020 kennt. In raschem Tempo entwickelt sich die Geschichte, surreal, unterhaltsam. Ist das die Realität in einer durch den Erdölboom rasch reich gewordenen Stadt, in der schwarze Engel auf den Dächern der Hochhausruinen tanzen?

Ein Lesevergnügen, bei dem einem manchmal fast die Luft ausgeht vor lauter sich überstürzenden Ereignissen. Der Autor, José Eduardo Agualusa, selbst in Angola als Sohn portugiesischer Siedler geboren, rechnet bitterböse mit dem Establishment Angolas ab. Nach seinen beiden bereits erschienenen Romanen «Das Lachen des Geckos» und «Die Frauen meines Vaters» liegt nun ein dritter Band in Deutsch vor. *Agualusa* ist der Shootingstar der jüngeren angolanischen Literatur. ■

José Eduardo Agualusa: *Barroco Tropical*. München 2011 (AI Verlag).



Alte Freunde: McCoy Mrubata und Paul Hanmer anlässlich ihres Konzerts in Boswil.
Bild: Katrin Kusmierz, 2009.

Südafrikanischer Jazz im Duo

Ein charakteristisches Element des südafrikanischen Jazz sind die stark von der Kirchenmusik geprägten Harmonien. Es ist daher stimmig, dass diese CD anlässlich eines Konzerts in der alten Kirche von Boswil aufgenommen wurde. Für das Duo, bestehend aus dem Pianisten Paul Hanmer und dem Saxophonisten McCoy Mrubata (alto und soprano), bot der Kirchenraum ein ideales Setting und resultierte auf der CD in einem warmen und weiten Klang.

Hanmer und Mrubata gehören zu den wichtigsten Exponenten des südafrikanischen Jazz, der im Ausland leider immer noch im Wesentlichen auf eine Handvoll Musiker reduziert wird, die in den 1960ern ins Exil gingen, es ganz nach oben schafften und von den Produktionsfirmen auch heute noch als Dauerläufer vermarktet werden. Seit nunmehr über zwei Jahrzehnten arbeiten Hanmer und Mrubata zusammen, doch die Schweizer Tournee 2009 war die erste, die sie als Duo konzipierten.

Das perkussive und von zyklischen Mustern geprägte Spiel des Pianisten Paul Hanmer wurzelt im Mbaqanga und lässt weder Bass noch Schlagzeug vermissen. Und obwohl das Piano deren Stimmen und Aufgaben

abdeckt, kommt nie der Eindruck auf, es dominiere. Vielmehr kommt das von Mrubata meisterhaft gespielte Saxophon in idealer Weise und in allen Feinheiten zur Geltung, übernimmt aber auch schon mal die bassline, um sich beim Pianisten für die Unterstützung zu revanchieren.

Paul Hanmer lässt es sich nicht nehmen, bei zwei Titeln (*Genes & Spirits* und *Entlombeni*) die Orgel einzusetzen. Das ist keineswegs gesucht, denn Marabi als Vorläufer des Mbaqanga wurde wesentlich durch den Sound des in den 1920ern allgegenwärtigen Harmoniums geprägt. In der live-Aufnahme ist die Begeisterung des Publikums in der Boswiler Kirche gut hörbar. Speziell beim Intro zu *Entlombeni* kommt es zur spannenden Begegnung des Kircheninstruments mit der Musiktradition des Ostkaps. Neben den gleichermaßen balladenhaften wie lüpfigen Eigenkompositionen der beiden Musiker kommen auch Pat Matshikiza (eine wunderschöne Interpretation des Klassikers *Tshona*), Moses Molekwa und Gloria Bosman zum Zug und runden das Bild ab. ■

Paul Hanmer and McCoy Mrubata. *The Boswil Concert*. 9 Tracks. Spielzeit 66 Minuten. Künstlerhaus Boswil (Klangfarben Boswil Nr.9).

Die Besprechung der CD verfasste Veit Arlt.
Bezugsadresse für CDs:
African Music Productions,
Veit Arlt, Birsigstrasse 90,
CH-4054 Basel,
veit.arlt@unibas.ch,
www.africanmusic.unibas.ch.

Podium Süd-Süd Zusammenarbeit

Neue Geber, neue Modalitäten, neue Partnerschaften

Die Entwicklungszusammenarbeit wird immer stärker von Ländern geprägt, die vor Kurzem selber noch als Entwicklungsländer galten: Brasilien, Indien und China (BRIC). Dies hat die Rahmenbedingungen für die westlichen Geberländer drastisch verändert. Was ist die Motivation dieser neuen Geber, sich auf dem Kontinent zu engagieren? Welche Potentiale haben sie in Afrika entdeckt, die die anderen Geberländer möglicherweise übersehen haben? Welche Folgen hat dieses neue Engagement für die Entwicklungszusammenarbeit? Werden sich die Beziehungen zwischen Nord und Süd grundlegend ändern? Was sind die Konsequenzen für Regierungen, Organisationen und Praktiker der Entwicklungszusammenarbeit, aber auch für die Wissenschaft, die sich mit Entwicklungsfragen befasst?

Diese und weitere Fragen stehen im Zentrum einer Podiumsdiskussion, die gemeinsam von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA und dem Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel veranstaltet wird.

Das Afrika-Bulletin braucht Ihre Hilfe!

Um auch weiterhin Bulletins wie dieses auf die Beine stellen zu können sind wir dringend auf Ihre Hilfe angewiesen. Denn die für die Herausgabe des Afrika-Bulletins verfügbaren Mittel des Afrika-Komitees sind erschöpft. Ein Anfang der 90er-Jahre durch einmalige Unterstützungsbeiträge geöffneter Fonds ist aufgezehrt. Zwar arbeiten unsere Autorinnen und Autoren wie auch die Redaktion ehrenamtlich. Doch die Herstellung und der Versand des Hefts kosten mehr als wir durch Abonnements einnehmen und das Zentrum für Afrikastudien beisteuern kann. Wir rufen deshalb unsere Leserinnen und Leser auf, die weitere Herausgabe des Afrika-Bulletins durch einmalige Spenden oder regelmässige Gönnerbeiträge zu sichern. Auch Ihre Mithilfe bei der Werbung neuer Abonnenten ist hoch willkommen. Zudem bemühen wir uns um Unterstützung durch Institutionen. Wir danken für Ihr Interesse und Ihre Spenden auf unser Postkonto:

**«Afrika-Komitee Basel»
PC 40-17754-3
Vermerk «Afrika-Bulletin»**

Vielen Dank. Die HerausgeberInnen.

Podiumsteilnehmer:

- Marco Farani, Generaldirektor, Agência Brasileira de Cooperação ABC
 - Martin Dahinden, Generaldirektor, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
 - Elísio Macamo, Soziologe, Professor für Afrikastudien, Universität Basel
 - Felix Zimmermann, Direktion für Entwicklungszusammenarbeit der Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, OECD-DAC
- Moderation: Christoph Keller

Datum: 20. Oktober 2011

Zeit: 18.15–19.30 Uhr, anschliessend Apéro

**Ort: Kollegienhaus der Universität Basel,
Petersplatz 1, Hörsaal 001**

Eintritt frei

Schwerpunkt Entwicklungszusammenarbeit

Im Oktober 2011 präsentiert das Zentrum für Afrikastudien die audiovisuelle Ausstellung «Die andere Seite der Welt», in der das Publikum gemeinsam durch die Zeugnisse von PraktikerInnen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe navigiert. Umrahmt wird die Ausstellung von einem Filmprogramm im Stadtkino Basel und zwei Podiumsdiskussionen: eine zum Thema «Süd-Süd Zusammenarbeit» und eine zum Thema Medikamentenzugang. Eine öffentliche Tagung von Mission 21 und dem Zentrum für Afrikastudien befasst sich mit den Beziehungen zwischen Afrika und der Schweiz und stellt dabei die Frauen als AgentInnen des Wandels ins Zentrum. •

Weitere Informationen: www.zasb.unibas.ch.